

Antrag 2026/I/Teilh/1

Kreis Mitte

Ernsthaft Demokratie fördern?! Jetzt: Ein Landesintegrationsrat für Hamburg

- 1 Der Landesparteitag möge zur anschließenden Weiterleitung an den Senat und die SPD-
- 2 Bürgerschaftsfraktion beschließen: Die SPD Hamburg und der Senat werden aufgefordert, den
- 3 Landesintegrationsbeirat demokratisch zu stärken, indem seine Antrags- und Anhörungsrech-
- 4 te ausgeweitet werden.

5 Begründung

6 Hamburg verfügt bereits über bewährte Strukturen zur Einbindung von Zivilgesellschaft und
7 Ehrenamt. Seit 2006 hat sich der ursprüngliche Ausländerbeirat zu einem beratenden Gremi-
8 um weiterentwickelt, dessen Mitglieder nun wieder über die Bezirksversammlungen benannt
9 werden. Dabei ist hervorzuheben, dass die derzeitigen Mitglieder des Landesintegrationsbei-
10 rats politischer und aktiver agieren als je zuvor. Ihr Engagement und ihre Bereitschaft, die Inter-
11 essen der Communities mit Nachdruck zu vertreten, sollten gewürdigt und durch eine Erwei-
12 terung ihrer Rechte unterstützt werden. Der Landesintegrationsbeirat spielt eine zentrale Rolle
13 für Demokratie und Teilhabe in der Integrationspolitik Hamburgs. Um seine Arbeit effektiver zu
14 gestalten, wurde die Vernetzung zwischen dem Landesintegrationsbeirat und den bezirklichen
15 Integrationsbeiräten zuletzt gestärkt. Bedauerlicherweise ist jedoch die basisdemokratische
16 Wahl durch Migrantenselbstorganisationen (MSO) im Zuge der Reform entfallen, was den Ein-
17 fluss der Communities verringert hat. Zusammengefasst hat der Beirat eine beratende Rolle als
18 „Stimme der Communities“, ohne jedoch bindende Entscheidungsbefugnisse zu besitzen. Sei-
19 ne Wirkung entfaltet sich durch die fachliche und gesellschaftliche Begleitung der politischen
20 Prozesse. Das soll sich nun ändern. Während die bezirklichen Integrationsbeiräte ihre beraten-
21 de Funktion beibehalten, soll der Landesintegrationsbeirat das Recht erhalten, eigene Anträge
22 an den Senat und zuständige Behörden zu stellen sowie Anhörungen zu initiieren. Damit folgt
23 Hamburg einer Praxis, die bereits in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Berlin,
24 München und Bremen ihren kommunalen Integrationsbeiräten durch weitergehende Rechte
25 ermöglicht wurde. Dadurch hätten die Akteure in den bezirklichen Beiräten künftig die Mög-
26 lichkeit, ihre Anliegen und Bedürfnisse über den Landesintegrationsbeirat einzubringen. Die
27 Erweiterung seiner Rechte würde es dem Beirat ermöglichen, als Rat zu agieren, noch aktiver
28 an politischen Entscheidungen mitzuwirken und seine Position zu gesellschaftlich relevanten
29 Themen im Sinne der Demokratieförderung nachhaltig zu stärken und aufzuwerten.